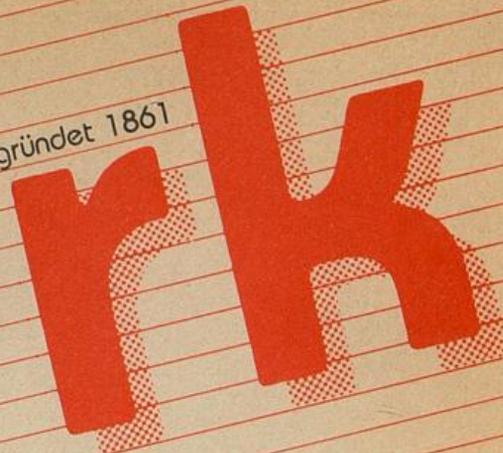


Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Freitag, 29. Dezember 1989**

**Blatt 2999**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Personalvertretungsgesetz liegt zur Einsicht auf (3000)
- Vom Spartarif bis zur U 6 — Umwelt im Mittelpunkt (3001-3003)
- Hilfe für Rumänien: Schiffe verlassen Wiener Hafen (3004)
- Mitarbeiter der städtischen Spitäler spendeten 400.000 Schilling (3004)
- Hatzl: Bericht über Schäden im Gasrohrnetz (3005)
- Brennende Stereoanlage (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

## **Personalvertretungsgesetz liegt zur Einsicht auf**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Das Amt der Wiener Landesregierung hat einen Entwurf zu einem Gesetz, mit dem das Wiener Personalvertretungsgesetz geändert wird (1. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz), ausgearbeitet, der zum Ziel hat:

1. Erweiterung der Minderheitenrechte, Klarstellung bestimmter Rechte und Pflichten der Personalvertretungsorgane.
2. Änderungen in der Zusammensetzung der Haupt- und Personalgruppen und im Bereich der Wahlausschüsse.
3. Anpassung der Verschwiegenheitspflicht an die Bestimmungen der Bundesverfassung.
4. Änderungen bei den Mitwirkungsrechten der Personalvertretung, Sanktionen für Nichteinhaltung bestimmter gesetzlicher Bestimmungen.

Der Entwurf mit Erläuterungen liegt in den magistratischen Bezirksämtern in der Zeit von 2. bis 25. Jänner 1990 zur öffentlichen Einsicht auf. Die Einsichtnahme ist Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr möglich.

Zum Gesetzesentwurf können bei den magistratischen Bezirksämtern schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden. (Schluß) lf/rr

## Vom Spartarif bis zur U 6 - Umwelt im Mittelpunkt

### Bilanz und Vorschau Verkehr und Energie

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Neben den beiden Schwerpunkten Weltausstellung und Gesundheitspolitik standen 1989 vor allem Themen aus dem Bereich Verkehr und Energie in der Wiener Kommunalpolitik im Rampenlicht der öffentlichen Diskussion. Gerade in diesen Bereichen wurden 1989 deutliche Akzente gesetzt, einschneidende Maßnahmen vor allem im Hinblick auf eine gesicherte und umweltfreundliche Energieversorgung, Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs und Verkehrssicherheit wurden durchgesetzt. Einige Schwerpunkte: Inbetriebnahme der U 6, Einführung eines für Österreich revolutionären neuen Stromtarifes, Wiederinbetriebnahme des Fernheizwerkes Spittelau, Tempo 30-Zonen.

Stadtrat Johann HATZL zog gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ Bilanz über das abgelaufene Jahr.

Erster Schwerpunkt des Jahres war der Abschluß des 1985 begonnenen Umweltschutzprogrammes der Wiener E-Werke: Durch den Einsatz von Erdgas und den Einbau von Filtern und DeNox-Anlagen konnten die Emissionen um bis zu 90 Prozent bei SO<sub>2</sub> beziehungsweise NO<sub>x</sub> gesenkt werden.

Als einziges großes Kraftwerksprojekt in ganz Österreich wurde der Bau des Blockes 3/4 im Kraftwerk Simmering gestartet, der alte und nicht mehr dem Umweltstandard der E-Werke entsprechende Blöcke ersetzen wird. Erstmals wird rund ein Viertel der Baukosten, weit über eine Milliarde Schilling, alleine für Umweltmaßnahmen aufgewendet.

Die Gaswerke starten im April gemeinsam mit Banken eine Kredit- und Beratungsaktion, die den Trend zur umweltfreundlichen Gasheizung weiter verstärken soll. Mehr als 300.000 Haushalte verfügen bereits über eine Gasheizung, jährlich kommen rund 20.000 dazu. Die Aktion soll auch 1990 verlängert werden.

Der letzte Abschnitt der Donauufer-Autobahn wurde einschließlich des aufwendigen Lärmschutztunnels Kaisermühlen fertiggestellt und setzte neue Maßstäbe bei der Gestaltung und Abschirmung vielbefahrener Verkehrsstränge. Für die Verlängerung der Südost-Tangente nach Hirschstetten fiel der Startschuß.

Mit dem Anschluß des Krankenhauses Lainz an das Fernwärmenetz konnte ein weiterer großer Emittent im Südwesten Wiens stillgelegt werden. 1990 wird die 100.000ste Wohnung an das Fernwärmenetz angeschlossen. Die Fernwärme stellt im 21. Jahr nach der Gründung der HBW schon einen der wichtigsten Faktoren für die Luftqualität in Wien dar.

Mit der Inbetriebnahme des neuen Lastverteilers der Wiener E-Werke nach vierjähriger Bauzeit und Kosten von mehr als 300 Millionen Schilling wurde ein neues Kapitel in der Sicherheit und Umweltfreundlichkeit durch bessere Koordinierung des Brennstoffeinsatzes der Wiener Stromversorgung geschrieben.

Die Verkehrsbetriebe haben ihr Katalysatorprogramm fortgesetzt. Bis 1990 werden 150 Busse mit Kat nachgerüstet und weitere 10 neu angekauft.

Das Wiener Verkehrssicherheitsmodell wurde vorgestellt, das für Österreich beispielgebend ist und in der Unfallforschung unter Verwendung des Verkehrssicherheitscomputers neue Wege geht. Die Anzahl der Verkehrstoten wurde dadurch von 1983 bis 1988 um 47 Prozent reduziert, die volkswirtschaftlichen Folgekosten um 2,4 Milliarden.

Im U-Bahn-Bau war 1989 ein absolutes Rekordjahr mit Investitionen von rund fünf Milliarden. Im 15. Bezirk wurde der Bau der U 3 begonnen, der Rohbau dieser Linie im ersten Abschnitt zwischen Erdberg und Volkstheater praktisch beendet. Mit dem Bund wurde weitgehende Überein-

Forts. von Blatt 3001

stimmung über die nächsten Phasen des U-Bahn-Baues mit den Verlängerungen von U 3 und U 6 erzielt. Im Mittelpunkt stand natürlich die erste Inbetriebnahme eines U-Bahn-Abschnittes seit sieben Jahren, der U 6 zwischen Heiligenstadt und Philadelphiabrücke. Obwohl nur das Herzstück einer künftigen Durchmesserlinie von Floridsdorf bis Siebenhirten, hatte die U 6 binnen kurzem wesentlich mehr Fahrgäste als Stadtbahn und Linie „8“ gemeinsam. Mit der Einstellung dieser parallel fahrenden Straßenbahnlinie konnten Verbesserungsmaßnahmen auf anderen Linien um rund 100 Millionen pro Jahr finanziert werden.

Einen revolutionären Schritt beim Gedanken des Energiesparens setzte Wien mit der Einführung des „Grünen Stromspartarifes“ mit 1. Oktober. Dieser Tarif belohnt erstmals nicht den Mehr-, sondern den Minderverbrauch. Abrechnung und Verwaltung werden sowohl für den Kunden wie auch für die E-Werke wesentlich vereinfacht.

Gleichzeitig handelt es sich um eine deutliche Tarifsenkung, die E-Werke verzichten auf jährliche Einnahmen von fast einer halben Milliarde Schilling.

Der Ausbau des Wiener Radwegenetzes ging forciert weiter. Im November konnte der 300ste Kilometer fertiggestellt werden. Kurz davor war die 400ste Fahrradabstellanlage ihrer Bestimmung übergeben worden. Das Radwegegrundnetz mit seinen 13 überregionalen Radrouten strebt damit seiner Vollendung entgegen.

Mit positivem Bescheid des Wirtschaftsministeriums, wo das Genehmigungsverfahren in dritter Instanz abgeschlossen wurde, konnte die Müllverbrennung im Fernheizwerk Spittelau wieder in Betrieb genommen werden. Ein weiterer Stillstand der Anlage hätte nicht nur die Fernwärmeversorgung beziehungsweise den Fernwärmepreis, sondern auch die Wiener Müllentsorgung gefährdet — die einzige Deponie am Rautenweg wäre innerhalb weniger Jahre voll gewesen. Die Müllverbrennungsanlage Spittelau ist nach ihrem Wiederaufbau die modernste der Welt, sie verfügt als erste neben der Rauchgasreinigung auch über eine DeNox-Anlage, von der man sich auch eine drastische Reduktion der Dioxine unter den Grenzwert des neuen Luftreinhaltegesetzes erwartet. Nach diesem Gesetz wurde bereits auch die Sanierung der zweiten Wiener Hausmüll-Verbrennungsanlage am Flötzersteig eingereicht. Jedenfalls werden beide Wiener Müllverbrennungsanlagen innerhalb der dort vorgesehenen Fristen alle Grenzwerte des weltweit strengsten Luftreinhaltegesetzes einhalten.

Trotz der für die Verkehrsbetriebe langwierigen Vorgangsweise — lokale Interessen erschweren die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs — konnten im Rahmen des Bevorrangungsprogrammes 1989 wieder einige wichtige Maßnahmen durchgesetzt werden. Eine signifikante Zahl dazu: Mehr als ein Drittel aller betroffenen Ampeln können nun bereits durch öffentliche Verkehrsmittel beeinflusst werden.

Bei der Einführung von Tempo 30-Zonen, die neben der Lärminderung vor allem der Hebung der Verkehrssicherheit dienen, wurde ein entscheidender Durchbruch erzielt. Im Sinne der Dezentralisierung erfolgt die Entscheidung über die Örtlichkeiten in den Bezirksvertretungen. Diese haben bis zum Jahresende 85 Anträge auf Errichtung von Tempo 30-Zonen eingebracht, die zum Großteil bereits verhandelt wurden. Als erste Phase wurden 13 Bereiche definitiv verordnet, die am 5. März 1990 in Kraft gesetzt werden, weitere 15 Bereiche sind für April vorgesehen.

Letzter Höhepunkt des Jahres im Verkehrsbereich war die „Invasion“ der BürgerInnen aus der CSSR. Dieser Besucheransturm konnte vor allem durch den vollen Einsatz aller Mitarbeiter und Mittel der Wiener Verkehrsbetriebe und den Nulltarif an den letzten beiden Einkaufssamstagen gut bewältigt werden. Das von vielen befürchtete Chaos blieb aus.

Forts. auf Blatt 3003

Als wichtigste Schwerpunkte für das kommende Jahr bezeichnete Stadtrat Hatzl die schriftliche Festlegung der mit dem Bund getroffenen Vereinbarungen über den Ausbau des U-Bahn-Netzes bis zur Jahrtausendwende, die Fortsetzung des Bevorrangungsprogrammes der Wiener Verkehrsbetriebe und den weiteren Ausbau sauberer Energieformen. Priorität wird auch die Eindämmung des Transit- und Schwerverkehrs über die Stadt-Autobahnen haben. Restriktive Maßnahmen gegen LKW auf der Südost-Tangente vor allem auch im Sinne der Verkehrssicherheit wie Überholverbot, Rechts-Fahr-Gebot oder Nachtfahrverbot werden zu diskutieren sein, ebenso wie die Schaffung einer Umfahrung auf niederösterreichischem Gebiet für jene Verkehrsteilnehmer, die nicht nach Wien einfahren wollen.

Weitere Schwerpunkte werden die weitgehende Fertigstellung der U 3 in ihrer ersten Betriebsphase, der weitere Ausbau des Radwegenetzes und der Tempo 30-Zonen sowie generell der Bürgernähe im Bereich der Wiener Stadtwerke und der Magistratsabteilungen sein. (Schluß) roh/bs/rr

---

Forts. von Blatt 3002

---

## **Hilfe für Rumänien: Schiffe verlassen Wiener Hafen**

**Rund 40 Waggonladungen Lebensmittel und Kleidung  
– Bis zu 200 Helfer im Einsatz**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Samstag, wird das DDSG-Schiff „Hainburg“ mit zwei Kähnen den Wiener Hafen in Richtung Rumänien verlassen. In Wien wurden in den letzten Tagen rund 1.400 Kubikmeter Lebensmittel und Textilien verladen, die von der Bevölkerung für Rumänien gespendet worden sind. Diese Menge entspricht ungefähr der Ladung von 40 Eisenbahnwaggons.

Der Wiener Hafen hat bereits am Stephanitag seine Lager- und Umschlagseinrichtungen der Rumänien-Hilfe zur Verfügung gestellt. Bis zu 200 freiwillige Helfer — Mitarbeiter des Roten Kreuzes, Pfadfinder, Bundesheersoldaten etc. — verpackten in den letzten Tagen die Spenden in Transportkartons, damit man den vorhandenen Schiffsraum optimal nutzen konnte. Und natürlich stellte auch der Wiener Hafen Personal für diese Aktion zur Verfügung. (Schluß) wh/bs

## **Mitarbeiter der städtischen Spitäler spendeten 400.000 Schilling**

**Medikamente für Rumänien**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Innerhalb von zwei Tagen spendeten in einer Blitzaktion Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Wiener städtischer Spitäler und Pflegeheime sowie der Anstaltenzentrale rund 400.000 Schilling für die rumänische Bevölkerung. Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp RIEDER bedankte sich bei den städtischen Bediensteten herzlich für die spontane Hilfsbereitschaft. Er kündigte an, daß mit dem Spendengeld Medikamente und medizinische Güter angeschafft werden. Vorher werden jedoch Kontakte mit rumänischen Spitälern hergestellt, um gezielt jene Medikamente zu besorgen, die tatsächlich dringend gebraucht werden. (Schluß) sc/bs

## **Hatzl: Bericht über Schäden im Gasrohrnetz**

### **3.000 Kilometer Hauptrohre im Vier-Jahres-Rhythmus überprüft**

Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) „Ich werde mir im Jänner von den Gaswerken einen Bericht über alle gravierenden Schäden der letzten fünf Jahre im Hauptrohrnetz vorlegen lassen. Anhand dieses Berichtes werden wir das Rohrwechselprogramm nochmals einer genauen Überprüfung unterziehen und, wenn nötig, weiter intensivieren. Unglücksfälle infolge höherer Gewalt werden sich nie ganz verhindern lassen, man kann den inneren Zustand der Straßen hinsichtlich Belastungen durch Achsdruck oder Bodenaggressivität nicht von außen erkennen. Trotzdem muß alles getan werden, um ein Optimum an Sicherheit bei den Gasrohren zu erreichen“, erklärte Energiestadtrat Johann HATZL Freitag anlässlich der Gasexplosion im dritten Bezirk.

„Besonderes Augenmerk werden wir darauf legen, ob sich bei den alten Graugußrohren eine Auffälligkeit bei der Anfälligkeit für Risse hinsichtlich eines bestimmten Alters oder Baujahres ergibt. Heute werden im wesentlichen nur mehr Stahlrohre in stark befahrenen, belasteten Straßen oder Kunststoffrohre in weniger belasteten Siedlungsgebieten verlegt“, sagte Hatzl.

Auch derzeit führen die Gaswerke ein intensives Überprüfungs- und Wechselprogramm durch, das sich natürlich nach den technischen und finanziellen Kapazitäten richten muß. 1988 wurden 105 Kilometer Gasrohre ausgewechselt und weitere 57 Kilometer neu verlegt, 1989 liegen die Zahlen in ähnlicher Größenordnung. Überprüft wurden 1988 1.100 Kilometer Gasrohre, 1989 1.300 Kilometer. Mindestens alle vier Jahre wird das Wiener Hauptrohrnetz — es ist mit mehr als 3.000 Kilometern eines der längsten der Welt — komplett durchgeprüft. (Schluß) roh/bs